

# Volkswoche

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Gesep von  
Nr. 45.

Organ für die werkähnige Bevölkerung.

Gesep von  
Nr. 45.

Mittwoch, den 22. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Nr. 45.

## Politische Übersicht.

### Was fehlt dem Handwerk?

Die „Kreuz-Zeitung“, diese große Freundin des Mittelstandes hat es herausgefunden: das Handwerk leidet an einer „Leute-Noth“. Erstaunt werden sich die vielen Schuhmacher, Schneider u. c., die in elenden, rädtischen Miethkasernen hausen, fragen, was sie denn eigentlich mit diesem spezifisch agrarischen „Nothstand“, dem Mangel an „Knöchtern“ und „Mädchen“ zu thun haben, sie, deren Töchter nur so oft selbst in fremde Dienste gehen müssen und sich die „Leute-Noth“, die Dienstbotenfrage von einer ganz anderen Seite ansehen? Allein so ist es nicht geweint. Unter „Leute-Noth“ des Handwerks versteht die „Kreuz-Zeitung“ „... Mangel ... Leprungen, die sich in ... in mähsamer Weise auszutzen ließen. So ist es: dem „ehrhaften Handwerk“ fehlt es an geeignetem Ausbildungsmaterial. Zwar meint die „Kreuz-Zeitung“ selbst: „verlockend ist die Lehrzeit in einem Handwerk nicht“, aber „aber für den gesunden, der Schule entwachsene Menschen kann es nichts besseres geben, als die Ordnung und Zucht eines geregelten Handwerkslebens“, und dann: „Nährt ihn sein Handwerk nicht oder findet er darin keine Befriedigung, kann er leicht zu einem anderen Beruf übergehen!“ Die Haptische ist und bleibt: Die Handwerksmeister brauchen Lehrlinge d. h. unbedachte Arbeitskräfte, Haus- und Werkstattkinder, über die sie nach Belieben ein paar Füchsen schalten und walten können, — was dann aus dem Jungen wird, ob er sein Unterkommen findet, ob er auch was ausgelernt hat, was gehe der biebenen Handwerksmeister nichts an, der junge Mann mag sehen, wie er sich durchschlägt, er könnte ja einen „anderen Beruf“ ergreifen! Aber zu welchem Zweck hat er erst die vielen Jahre hindurch die „Ordnung und Zucht eines geregelten Handwerks“ über sich ergehen lassen müssen? Nun, wie anders sollte denn noch das „ehrhame Handwerk“ aufrecht erhalten werden, wenn nicht durch schrankenlose Ausnutzung von Kinderarbeit?

Welches Handwerk ist es aber, für das die „Kreuz-Zeitung“ sich so menschenfreudlich ins Zeug legt, nachdem sie erst vor Kurzem dem Mittelstand in Handwerk, Handel und Landwirtschaft das Sterbeglöcklein geläutet hat? Viele Hunderttausende deutscher Handwerker haben längst das Lehrlingshalten verlernt, sie schlagen sich lämmertisch in ihrem Handwerk durch, weil ihnen ja gar nichts Anderes übrig bleibt, und ihre Kinder schicken sie erst recht nicht in die Lehre zum Handwerker, sondern sie bewahren sie vielmehr davor, wie vor dem Tod. Der Artikelsschreiber der „Kreuz-Zeitung“ giebt selbst zu, daß „der Handwerkerstand in den letzten 30 Jahren schweren Krisen durchgemacht hat und zum Theil noch durchmachen muß, daß in vielen, ehemals großen Gewerben der Handwerksbetrieb aufgehört hat, daß in anderen der Kampf zwischen Klein- und Großbetrieb, zwischen Handel und Handwerk, zwischen Kapital und Arbeit heute mehr wie je wütet, und daß in kürzerer oder längerer Zeit noch manches Handwerk als solches aus dem Leben schwinden wird.“ Dennoch gebe es noch Handwerkszweige „in einer Blüthe wie nie zuvor.“ Dafür gehören die Gewerbe der Lebensmittelbranche und das gesamte Baugewerbe. Dafür giebt scheinbar konervative Handwerkerstand nicht zu wissen. Doch das nebenbei, die Haptische ist, daß diese Ausnutzung klar zu erkennen giebt, was das für ein Handwerk ist, für welches sich die Konservativen ins Zeug legen. Es

finden die reichen Bäckermeister, Großmetzger und — Bauern, lauter Herren, die auf ihr Kapital pochen, die ihr Handwerk längst verlernt haben, die zahlreiche Kaufläden besitzen, machinele Einrichtungen, oder, wie die Herren vom Bausach, große Spekulationen und noch größere Schwundseile durchführen. Dieses „Handwerk“ hat allerdings, wenn auch nicht goldenen Boden, so doch jedenfalls Gold auf den Banken, aber dieses „Handwerk“ ist auch zugleich — der Ruin des wirklichen Handwerks. So spielen die Konservativen mit Worten, um ihren Gimpelgang bei den Wahlen zu betreiben: den Großgrundbesitzer, Zuckerbieder, Schnapsbrenner und agrarischen Vorleserulanter nennen sie „Bauer“ und den in allen Wassern gewaschenen Geschäftsmann, der längst Großkaufmann und Kapitalist geworden ist, nennen sie „Handwerker“! Dann werden die wirklichen Handwerker es endlich begreifen, in welch' unehörter Weise sie gengert werden?

### Ein Geistlicher über das Dresdener Urteil.

Eine herbe Kritik übt Pastor Nade in seiner „Christlichen Welt“ am Dresdener Zuchthausurteil. Er stellt dem Urteil jenes Urteils desselben Schwurgerichts gegenüber, das gegen einen Gutbesitzer wegen „fahlässiger Tötung“ eines Knechts auf zwei Jahre Gefängnis erkannte und bemerkt dazu:

Möglich, daß in beiden Fällen die Darstellung, der wir folgen, zu Gunsten des Kontrahenten gefärbt ist. Wir sind jeder Belehrung eines Besseren mit Freuden zugänglich. Leider wird genug des Thatbestandes zurückbleiben, um die ernstesten Bedenken zu rechtfertigen. Denn ein verantwortiges Menschen mit verschiedenen Pflichten sieht verzweift deutlich nach Klassejusitz aus. Das Betreten, inmitten des heute wogenden Interessenskampfes die Rechte der Gesellschaft gegen die Arbeiteransprüche zu schützen, hat bei den Geschworenen die Meinung und bei den Richtern das Urteil beeinflusst. Das vor dem Gesetz, vor dem Richter alle Menschen gleich seien, wird durch die beiden Urteile Niemand bestätigt finden können.

Aber auch farschig ist dieses Vorgehen. Die 53 Jahre Buchhaus haben der Sozialdemokratie neuen Märtyrer geschaffen. Wie Wunder, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen fulminanten Aufruhr zur Unterstützung der betroffenen Familien erlassen hat. Man fragt sich, ob man nicht auch besteuern soll. Wenn ich kein anderes Bild von dem Thatbestand bekomme, werde ich es ihm. Aber überreichlich wird unser arbeitendes Volk seine Gaben opfern. Liebe und Hass, alle edle und unedle Leidenschaft wird mächtig aufgewühlt werden. Was's ein reines Justizurteil gewesen, so könnte man sagen: Pater mundus, fiat justitia. So aber erschrickt man über die moralischen Fehler, die unsere heutige Gesellschaft immer wieder macht. Wahrhaftig, wie die Dinge eben gehen, lebt die Sozialdemokratie von unseren Fehlern.

**Er geht nicht** — nämlich Herr v. d. Recke, so wenig wie Herr Böse oder sonst einer unserer preußischen Minister daran denken, zu gehen. Also verkünden die „Berl. Neuest. Nachr.“ In der Presse werde wieder einmal bald dieser, bald jener Minister „auf Grund der Rebe irgend eines Parlamentariers“ als in seiner Stellung ernstlich erschüttert bezeichnet, aber, so fügt das Bismarckische Blatt hinzu, „bisher haben in Preußen Gott sei Dank die Reden einzelner Parlamentarier über oder gegen einen Minister solche Effekte nicht erzielt und werden sie sicher auch in Zukunft nicht erzielen.“ — Da fehlt eigentlich nur noch die Versicherung, daß im Gegenteil durch die Verhandlung im Abgeordnetenhaus über den Schieferlaß z. B. die Stellung des Ministers v. d. Recke eine erhebliche Festigung erfahren habe.

Über den Rücktritt des Ministers v. d. Recke wird da- gegen der „Pos. Blg.“ von glaubwürdiger Seite aus Berlin

mitgetheilt, daß die Verabschiedung des Ministers v. d. Recke nur verzögerte, weil der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Braunbehrens, zuvor anderweitig untergebracht werden solle, damit der Director im Ministerium des Innern, Dr. v. Bitter, der an die Stelle v. d. Reckes treten soll, nicht seinen jetzigen unmittelbaren Vorgesetzten zu überspringen brauche, was die Rücksichtnahme auf den Unterstaatssekretär verbietet.

**Einen Gesetzentwurf zur Besteuerung der großen Maareuhäuser** hat bekanntlich die Thronrede „pavauslich“<sup>16</sup> noch für diese Tagung des Landtags angekündigt. In der „I. v. d. Allg. Blg.“ wird aber jetzt erklärt, „daß der betreffende Gesetzentwurf noch den Gegenstand weiterer Berathungen bildet, und daß sich noch nicht übersehen läßt, wann derselbe dem Landtag vorgelegt werden wird.“

**Sommerrock und weiße Hose**. Das Amtsblatt des Reichspostamts enthält eine Verfügung des Staatssekretärs des Reichspostamts über die Dienstkleidung der Unterbeamten und der Postleute, wonach gestellt werden soll, daß den bisherigen Dienstkleidungsstücken der Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung ein Sommer-Rock hinzutrete, und daß den Postleuten im Sommer das Tragen von Blusenhemden aus weißem Wachzeug gestattet werde. Das ist zwar nicht viel, aber es ist immerhin ein „Reform“. Und in einer Zeit, wo die Verhältnisse der Post-Unterbeamten so sehr viel zu wünschen übrig lassen, ist diese Beamtenrichtung ja hingänglich beschieden gemacht, daß sie dem lieben Gott und Herrn von Postdielen auch für kleine Dienstvornamen dankbar ist.

### Ein Vorstoß gegen die reichsländische Sozialdemokratie.

Eine Hauptaktion gegen die Landesorganisation der Sozialdemokratie Elsass-Lothringens ist, wie wir schon berichtet, in Vorbereitung. Die Thatsachen selbst sind bekannt. Die Absicht der Behörde ist offenkundig, die Organisation der reichsländischen Sozialdemokratie unter der Behauptung ihrer Ungelehnlichkeit zu zerstreuen. Die gegenwärtige Organisationsform der reichsländischen Sozialdemokratie besteht schon seit 1891, ohne daß bisher jemand darauf gedacht hätte, den Leitern den Prozeß zu machen. Sie besteht, wie die der deutschen Gesamtpartei, auf dem Vertrauensmannsystem, neben welchem, um den Bedürfnissen der Parteigenossen nach lokaler Organisation zu genügen, unabhängig von den Vertrauenspersonen und ohne Berücksichtigung untereinander oder mit der seit 1897 in Straßburg liegenden Zentralstelle, Klubs bestehen von nicht über 20 Mitgliedern, die, weil sie einer behördlichen Genehmigung nicht bedürfen, auch der polizeilichen Überwachung und Kontrolle entzogen sind.

Kriegervereiner, Liberalen, Klerikale und Volksparteien gründen im Lande, wo es ihnen beliebt, Organisationen, deren Mitgliedszahl nicht beschränkt ist und gegen deren Zusammenschlüsse zu einem einheitlichen Ganzen (Krieger-Landesverband, Volksverein für das katholische Deutschland u. c.) die Regierung nichts einzubringen hat.

Der Hera Petri, der Ministerzeit des ehemaligen „liberalen“ Straßburger Reichstags-Abgeordneten, war es vorbehalten, auch dieser beigeordneten Organisationsform der sozialdemokratischen Partei Elsass-Lothringens mit dem Strafrichter zu bedrohen. Das ist klassischer Liberalismus im preußischen Polizeiroc!

### Ausland.

**Die Botschaft des neuen Präsidenten.** Herr Londek hat eine Botschaft an Senat und Deputiertenkammer erlassen, die in beiden Häusern unter großem Beifall verlesen wurde. Dieselbe lautet:

Zum obersten Amte des Landes berufen, bedarf ich zur Erfüllung der hohen Pflichten, welche dasselbe auferlegt, der Mithilfe des Senates und der Deputiertenkammer. Ich bitte Sie um Ihre

Es war ein richtiges Versteckenspiel, daß sie widerwillig trieben.

Auch in der Nachbarschaft spionierte Timpe, um schließlich zu demselben Resultat zu gelangen. Niemand kannte mit ihm sein Geheimnis. Wenn auch in dieser Beziehung Beruhigung über ihn kam, so änderte das sein Wesen doch nicht. Er wandte noch schärfer als sonst umher. Das Bewußtsein, daß trotz alledem sein Sohn ein Dieb war, wußt nicht von ihm; und der Gedanke, daß er der einzige Mensch auf Erden sei, der um die That Franzens wisse, sie aber um seines Namens willen nicht zur Sühne bringen darf, ließ ihn in der Erbildung leben, daß auch er theilhaftig an einem Verbrechen, das auch sein Gewissen für ewige Zeiten belastet sei. Und das erweckte in ihm ein Gefühl der Furchtlosigkeit, der Selbsterniedrigung, so daß die leiseste Hindernis auf die Unglücksnacht genügte, um ihn in die größte Angst zu versetzen.

Eines Nachmittags betrat er die Werkstatt, als gerade der Name seines Sohnes, genannt wurde. Thomas Beyer war Franz begegnet, dieser aber wie mit Absicht nach der anderen Seite der Straße gegangen, um ihm auszuweichen. Der Meister zitterte vor Schreck, brauste dann aber auf, so daß die Gesellen zusammenfuhren.

„Sie haben sich gar nicht von meinem Sohne zu unterhalten, zumal hinter meinem Rücken“, sagte er erregt zu dem Altersgenossen. „Ich verbiete Ihnen das ein für allemal.“

Er drehte sich kurz um und schritt wieder seinem Arbeitszimmer zu. Thomas Beyer schwieg, blieb ihm aber lippenschüttelnd nach. Nach einer Weile rief ihn Timpe zu sich herein, bat für seine vorherige Unhöflichkeit um Verzeihung und suchte nach verschiedenen Dingen: wie Franz aussieht, was er für einen Eindruck auf Beyer gemacht habe, ob er hier bei seinem Haufe vorübergegangen sei u. s. w.

Dabei hasteten seine Augen auf des Altersgenossen Lippen;

und die hast, mit der er fragte, das nervöse Zittern der

Hände, die ihre einstige Ruhe verloren hatten, bewiesen Beyer nur zu sehr, wie krautfast das Gebähren Timpes war. Und als er vor dem stattlichen Neuhäuser des Sohnes sprach und Timpe dabei langsam sein Haupt neigte, als wollte er sich in süße Erinnerungen versenken, zeigte sich, wie sehr das Herz des Meisters noch an seinem ihm fremd gewordenen Kind hing. Aber er ermannte sich bald wieder. Er schämte sich seiner Weidheit nach all den Erfahrungen, die er mit Franz gemacht hatte.

„Wenn Sie einmal einen Sohn bekommen sollten, lieber Beyer“, sagte er rauh, „dann vergessen Sie nicht, ihm frühzeitig die Furchtlosigkeit zu geben, wie Großvater selig zu sagen pflegte. Und merken Sie bei Zeiten, daß der Junge Ihnen eines Tages den Stuhl vor die Thür setzen könnte, dann bitten Sie den lieben Gott, er möge das Kind wieder zu sich nehmen. Besser, daß es stirbt, als daß es lebt zum Hohne seiner Eltern.“

„Entschulden Sie sich noch, Meister, was ich Ihnen vor Jahren an einem Donnerstag im Garten gesagt habe! Ich meine die Geschichte von den Sperlingskübchen, die so lange mit den Stieglitz verkehrten, bis sie sich selbst für solche hielten . . . Es ist alles so eingetroffen: Sie sind der kleine Vater, auf den der lange Klingel von Sohn herabfällt. Ich will offen wie immer reden: Hätten Sie Ihren Sohn ein Handwerk lernen lassen, so wäre er bei den einfachen Sperlingen geblieben und hätte sich niemals seines schlächtigen Gefieders gefährdet. Die Sucht vieler Eltern aus Ihrem Stande, die Kinder etwas Größeres werden zu lassen, als sie selber sind, trägt viel dazu bei, den „goldenen Boden“ immer mehr zu durchdringen, bis nichts mehr von ihm vorhanden sein wird . . . Sehen Sie, Meister, da habe ich neulich einen Vortrag gehabt über die Furchtlosigkeit. So ist es auch mit dem Handwerk.“

(Fortsetzung folgt.)

Zum Geheimen horchte er überall herum, ob sein Verdacht begründet sei. Fast allabendlich suchte er den Stammtisch bei Zumrath auf und blieb länger als sonst beim Bier. — Sämtliche Gäste wußten vom plötzlichen Tode des alten Timpe und auch von dem angeblichen Diebstahl, denn Krusemeyer und Liebegott hatten davon gesprochen. Kam dann das Gespräch zufälliger Weise auf den Vorfall, so spielte der bekannte „zerrumpfte, graubärtige Kerd“, seine Rolle. Der Meister atmete auf und ging bestredigt nach Hause. Auch Krusemeyer und den Schutzmann forschte er noch einige Male aus; um ganz sicher bei ihnen zu gehen, sprach er von ihren „Lüchsgängen“, so daß der Hörer der Nachtruhe sich betroffen abwandte, um seine Verlegenheit zu verbergen.

„Dieser Spitzbube!“ sagte er einmal zu Krusemeyer. „Schade, daß er Ihnen entwischt ist. Es wäre doch schön gewesen, wenn wir ihn auf frischer That ergrappt und ihm das siebente Gebot auf dem Rücken eingeprägt hätten. . . . Also einen grauen Bart hat er gehabt? Der ist gewiß im Zugthaus gereist. Ja, ja, lieber Krusemeyer, wenn man wie Sie noch gesunde Augen hat.“

Und während er das sagte, blieb er den Büchtern läufig an, um aus dessen Mienenspiel zu ersehen, wie seine Worte aufgenommen wurden. Krusemeyer machte zu dieser Schmeichelrei das Gesicht eines Menschen, der nicht meint, ob er weniger oder lachen soll und sagte schließlich voller Überzeugung: „Liebegott und ich gehören zur polizei, und die sieht alles, auch wenn sie die Diebe manchmal nicht bekommt.“ Seine Gedanken aber lauteten: Wenn Du wüßtest, was ich weiß, armer Meister Timpe!

Mithilfe und bin sicher, daß sie mir nicht mangeln wird. Sie können darauf rechnen, meine Herren, daß ich den festen Willen habe, alle meine Kräfte dem Schutze der Verfassung zu widmen. Als Vorsitz dient Ihnen meine unabänderliche Hingabe für die Republik. Die in wenigen Stunden nach dem plötzlichen Ableben des theuren und betrauerten Präsidenten felig faire volljogene regelrechte Übergabe der Gewalten ist in den Augen der ganzen Welt ein neuer Beweis der Treue Frankreichs gegen die Republik getreten, in einem Augenblitze sogar, wo einige Befürte des Vertrauen des Landes in seine Einrichtungen zu erschüttern suchten. Die Nationalversammlung hat am Tage des 18. Februar über ihre Verlangen zu erkennen gegeben, eine Be ruhigung der Gemüther herbeizuführen und die Einigung aller Republikaner wiederherzustellen und dauerhaft zu gestalten. In meiner leidenschaftlichen Hingabe an die Grundlagen der französischen Revolution und die Herrlichkeit der Freiheit wird es meine beständige Sorge sein, das Parlament bei jenem notwendigen Werke der Solidarität und der Eintracht zu unterstützen. Im Laufe der vorübergehenden Schwierigkeiten, die wir durchgemacht haben, ist Frankreich durch die Kalißtätigkeit, die Wehrkraft und den Patriotismus des Parlaments in der Achtung der Welt gewachsen. Weshalb soll man nicht hoffen, daß dasselbe Einvernehmen auch bezüglich unserer inneren Angelegenheiten hergestellt werden könnte? Und besteht nicht dieses Einvernehmen schon im Lande? Herrscht der geringste Zweifel über die Nothwendigkeit, den wesentlichen Organen der Gesellschaft die gleiche Achtung entgegenzubringen, nämlich den Kammern, welche über die Gesetze in voller Freiheit berathen, dem Richterstande, der die Gesetze anwendet, der Regierung, die sie ausführt, und dem nationalen Heere, welches die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des Vaterlandes schützt? Dem Heere, welches das Land liebt und mit Recht liebt, weil die ganze Nation in ihm dieselben Pflichten der Erfüllung und Tugendl. erfüllt und wohl weiß, daß sie in ihm die neue Hüterin ihrer Ehre und ihrer Gesetze finden wird. Wenn Frankreich sich au. sich selbst verloren kann, so wird es in Ruhe an der Lösung der Probleme arbeiten können, welche für das politische und materielle Wohl der Bürger von Bedeutung sind, und seine friedliche und fruchttragende Arbeit fortsetzen können sowohl auf geistigem Gebiete, dem der Wissenschaften und Künste, wie auf demjenigen der wirtschaftlichen Arbeit in allen ihren Formen, im Ackerbau, im Handel und in der Industrie. Lassen wir uns jedoch doch mehr Geschäftigkeit widerfassen und bereuen wir nicht, daß unter Frankreich stets in gleicher Weise den Fortschritten der Menschheit und der Humanität gebildigt hat. Seite zu Seite die Freiengenossen führt das uns von unseren Ländern hinterlassene Erbe zurück, welches wir zu erhalten und zu vergrößern haben. Die Republik hat Frankreich freie Institutionen gegeben; sie hat dem Lande die unerschütterbare Robustat eines ununterbrochenen Friedens gelehrt; sie hat seine Bünden gebessert, sein Heer und seine Marine neu geschaffen, ein großes kolonialisch begründetes, das Wissen in jeder Beziehung in die reichen Staaten gebracht, wertvolle Allianzen und freundliche Beziehungen erworben, und sie hat eine beträchtliche Begrüßung in Weisen der Hilfsleistung, der Gegenleistung und der Fürsorge über das gesamte Welt, welche bezwecken, unverdiente Leiden zu beseitigen oder zu verhindern. Sollenden wir meint dies Werk, das eine Ehre für unser Land ist! Ich werde glücklich sein, wenn ich Denk der den mir mit allen Kräften zu fördernden Einigkeit innerhalb der Grenzen meiner verfaßungsmäßigen Rechte, die ich nun nicht schwärmen lassen werde, zu der Verwirklichung unserer gemeinsamen Hoffnungen und zur Befriedigung der Menschenheit trage.

Ben Sitten

In China geht's wieder bunt her. Zur Saisonzeit ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen China und Russland gekommen. Ein Schriftsteller wird darüber berichten: Weil der Vorfall von Tschernow jetzt in doppelseitigen Reisen große Erregung. Noch fehlen noch genauere Einzelheiten, in denen weisen die Chinesen darauf hin, daß das Vergehen des Russen außerordentlich willkürlich sei, da für das Recht zur Erziehung einer Gründsäker beanspruchen und dadurch die im Port Arthur-Vertrag gewährleisteten Handelsrechte Chinas aufzuheben. In englischen Berichten wird der Vorfall wie folgt dargestellt: Am 17. Februar ist am Hafen von Tschernow ein schwerer Sturm entstanden. Eine Bande bewaffneter Chinesen überfiel die Zollbeamten. Diese riefen Militär zu Hilfe, und nun begann die Menge mit Steinen zu werfen. Da die über 1000 Soldaten zügliche Menge nicht aufhielt und immer drohender wurde, machte das Militär einen Versuch, den Platz am Hafen zu räumen. Dabei wurden zwei chinesische Patrouillen getötet, und nun kam es zu einem allgemeinen Ausbruch. Die Soldaten schossen in die Menge und über 100 Chinesen blieben tot auf dem Platz. Zwei Schreinräger aus Port Arthur liegen vor Tschernow und haben Menschenleiber gesammelt.

Der Sezessionskrieg hat China einen großen Handelsraum im Ning-Tschou abgetreten. Ning-Tschou aber ist nichts anderes als der ehemalige Hafen für Flussschifffahrt. Die große Handelsstadt hat der Republik China liegen am oberen Ende der Mündung des hoch aus den Sung-hai-Bergen herabstromenden Sung-ki, über etwa 40 Kilometer vom Meer. Ning-Tschou ist der Ort der eigentlichen Mündung des Sung-ki in das Meer. Dort hat Secora einen Stich von etwa 10 Kilometern ausgeholt, ein Zugeständnis, das zusammen mit den Kosten noch unangenehm fühlbar werden könnte. Sicherheit heißt das Stich des Ning-ki mit etwa 1000 Meter am Ufer des Sung-ki. Es hat jetzt große Anlagen vorgezeichnet, die uns Ning-Tschou eine neuzeitliche Handelskolonie machen sollen.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag verhandelte heute über den Reichspräsidenten und nahm damit nach einer erfolglosen Unterbrechung der Sitzungsperiode wieder auf. Auf der rechten Seite des Plenarsaals standen nur es lebt, dort sprach einjam von der Staatsfeindin der Republik, zugegen während es vom Vorsitzenden aus der linken, der demokratischen Seite Schreibt Schilder war hier politisch deutlich. Beide demokratischen Gruppen schweigend und dem Geschehen abwesend hatte hier auch der katholische Gewerkschaftsverband St. Peter seine gewusst. Die beiden hatten wohl schon eine Meinung, dass die katholische Partei in den Verhandlungen des Reichs eine recht geringe Rolle spielen würde. Doch davon hielt. Durchaus haben die beiden Gruppen bei beständigen Beratungen beginnend die Begründung und der Überblickung des Reichspräsidenten im Zusammenhang mit dem Krieg.

Mark hinaufzusezen, eine Forderung, die Herr Spahn gar nicht erheben hatte und deren Bestätigung auch künftig wohl vom Reichstag nicht anerkannt werden wird. Viel eher würde die Regierung auf Zustimmung rechnen können, wenn sie eine Vermehrung der Richterstellen beim Reichsgericht sowohl, wie sonst beantragen würde. Aber hier hält Herr v. Miquel bekanntlich die Taschen zu. Nur der freisinnige Abg. Müller zeigte ihm eine neue Einzahlungsquelle, die durch die Einführung der bedingten Verurtheilung und die damit verbundenen Ersparnisse von Strafvollstreckungskosten zu erreichen wäre. Bei uns besteht vorläufig die bedingte Begnadigung, von der aber auch nur in geringem Umfange und leider nur ganz nach dem Gutachten der Staatsanwälte Gebrauch gemacht wird.

Dieses System der bedingten Verurtheilung fand bei seinem Redner irgend welche Vertheidigung. Sowohl Herr Roeren vom Zentrum, wie dessen Fraktionsgenosse de Witt hatten nur scharfe Worte des Tadels dafür. Die Kritik dieser Herren bewegte sich aber natürlich in den üblichen urbanen Grenzen.

Ein kräftigere Tonart füllte den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Gradnauer an, der als neu gewählter Vertreter für Dresden seine Jungfurede hielt. Er machte das schon vielfach beiprochen Kritik des Dresdener Oberlandesgerichts zum Gegenstand seiner Kritik, das eine Polizeiverordnung als zu Recht bestehend auch für die Wahlzeit anerkannt hat, welche das Vertheilen von Flugblättern auf gewissen Straßen verbietet, obwohl der § 43 der Reichsgewerbeordnung für diese Zeit alle polizeilichen Beschränkungen aufhebt. Dr. Gradnauer meinte, Reichsgesetze hätten danach nur soweit Gültigkeit, als es die Dresdener Polizei erlaubte und bezeichnete im Anschluß daran die ganze sächsische Zunft als eine gegen die politischen Oppositionsparteien gerichtete Klassenjustiz. Diese Kritik war natürlich nicht nach dem Geschmack des sächs. Generalstaatsanwalts Rüger. Er war in unserem Redner Mißbrauch der Redefreiheit vor. Die Linke rief laut „Zur Ordnung“, und fast alle sozialdemokratischen Abgeordneten waten von ihren Plagen aufgezogenen. Die Anstrengung muchs, als Herr Rüger in erfüllter Ruhe die Hände in die Taschen stieckte und sein Wort von Mißbrauch wiederholte und damit seinen unberührten Eingriff in die Präsidentengewalt des Zausen. Von Herrn v. Greuge, der während dieser Szene den Vorsitz führte, war eine sofortige Vertheidigung der Rechte des Reichstages nicht zu erwarten. Erst am Ende der Sitzung kam er noch einmal auf den sächsischen Zustand zurück. Gradnauer erhielt einen Drönnungsruf, aber auch das Verhalten des Generalstaatsanwalts wurde von Herrn v. Greuge wenigstens bedingt erachtet.

33. Sitzung. Dienstag, 21. Februar — 1 Uhr.  
Zunächst wird in dritter Sitzung die Consular-Ver-  
einbarung zwischen dem Deutschen Kaiser und Peru  
abgeschlossen. Darauf wird die zweite Einverständigung  
zum Einfuhr- und Exportverwaltung fortgesetzt.

Sein Ziel „Staatsfeind“ vertrugt Abg. Beck-Robert ab Genesen (fr. Bl.) folgende Declaration: Der Reichstag wolle befürfthigen, die beständigen Regierungen zu erjubeln, in Gemässheit des Reichstagsbeschlusses vom 21. März 1888 dem Reichstag nochmals unter der Sitzung eines Sonderausschusses die Entschädigung von älteren Patienten, welche mit Unrecht Unterwerfungshaft zu erleiden waren, vorzulegen.

**Art. 21 § 249a (Gesetz)** (auf der Erörterung später verständigt) befürworten fü<sup>r</sup> über die Wiederaufstellung des Reichsgerichtsgerichts, die aus der Wiederaufstellung des Reichsgerichts folge.

**Generaldirektor Niederding:** Auch ich bin von der Richtigkeit der Gründung des Reichsgerichts überzeugt; doch kann man leider nur durch eine Gründung des Reichsgerichtsgerichts erreicht werden, dass es den bestehenden Regelungen nicht gelungen, die Gründung dieses zu überwinden. Doch werden sie nach dieser Gründung einen zweiten Versuch machen, dass sich diese Bürgerliche Gründung bei Gründung noch Gründung des Reichsgerichts nicht durchsetzen wird.

**Eby Soester** (Sant): Der Vertrag hat in einer Resolution am 18. November 1920 den Friedensvertrag erlaubt, die zeitige Regierung der belgischen Bevölkerung in Erwähnung zu bringen. Unsere Nachbarstaaten, insbesondere Frankreich und Belgien, haben mit dieser Anerkennung die gewünschten Freiheiten in moralischer und formeller Weise erzielt. Von den Deutschen beträgt der Anteil an den Wiederaufbau der belgischen Bevölkerung in Belgien 1/3. Dieser Anteil ist im Mittel um 50 Prozent der Bevölkerungen erhöht worden. Angenommen, so schreibt Soester, hätte die Weimarer Republik die 10 Jahre erwartete Stellung auf den Raum. Das war die eingetretene tatsächliche Bequedigungszeit, bei der sie als vollkommen unbedeutend erscheint. Ich hoffe, es kommt Regierungsmannen auf die ihre gesuchte Forderung aufzugeben und zu dem Schluß der belgischen Bevölkerung freizutreten werden.

Eduard Weiß Nierbering: Die legalistischen Bedürfnisse  
der Entwicklung der Gesetz für die Geschäftswelt sind einge-  
setzt worden, und ich hoffe die Entwicklung, die wir bald zur Berücksich-  
tigung werden. — Das ist ein Ausdruck des Sinnes der bedeutende-  
ren Klasse, deren soziale, ökonomische und politische Bedürfnisse  
erfüllt. Der jüngste Vorschlag ist die technische Begründung  
dieser und kann also die Entwicklung erneut fördern. Ich  
habe 2 oder 3 Zeilen über eine solche nach unten ein-  
geschoben. Einiges kann geschehen. Es kann die Bedürfnisse richtig  
gestillt, ja nicht nur auch die Gewinne im Betrieb geben.

Wig. Dr. Grotewohl: Ich möchte einen Punkt zur Geschichtsschreibung, der erstaunlich ist und dem historischen Recht bestätigt. Es handelt sich um den Artikel 105 des Gesetzes über die Ausübung des Rechts auf Abtreibung vom 22. Februar 1970. Der Artikel lautet: „Der hier beschriebene Rechtshandel ist hier gestattet.“ Dies ist eine rechtliche Formulierung, die ich nicht verstehe.

wegen ein polizeiliches Strafmandat und die Sache hat dann das Gerichte beschäftigt. Es wurde den Leuten zum Vorwurf gemacht, daß sie sich gegen die Verkehrsordnung der Stadt Dresden verstoßt hätten. Schließlich erkannte dann auch das Oberlandesgericht die Berechtigung des Strafmandats an. Von der Verhinderung wurde der § 43 der Reichsgewerbeordnung dagegen vorgewiesen. Daraufhin hat das Oberlandesgericht erklärt, die Dresdner Verkehrsordnung werde durch den § 43 der Gewerbeordnung nicht berührt. Dieser Paragraph besaße sich nur mit der Beseitigung früherer landesgesetzlicher Bestimmungen, die der Zulassung zu Gewerbebetriebe im Wege ständen. Die Maßnahmen der Sicherheitspolizei sollten aber durch ihn in keiner Weise überflüssig gemacht werden. Über die Art der Ausübung des im § 43 gegebenen Rechtes sei nichts gesagt und darüber behalte die Polizei sich Bestimmungen vor. Nun bin ich aber der Ansicht, daß diese Auslegung des Oberlandesgerichts völlig falsch ist und sich im Widerspruch befindet mit den Absichten, welche seiner Zeit den Reichstag veranlaßten, den betreffenden Paragraphen in das Gesetz zu bringen. Hätte der Reichstag bei Beratung der Reichsgewerbeordnung geahnt, daß eine solche Beschränkung der Erlaubnis, Flugschriften zu verbreiten versucht werden könnte, hätte er eine ausdrückliche Bestimmung dagegen in das Gesetz gebracht. Wenn diese Praxis eingeführt werden sollte, könnte man mit Recht sagen: Die Reichsgesetze gelten so weit, als es die Polizei erlaubt. Die Polizei könnte ja noch viel weiter gehen. Sie könnte schließlich die ganze Stadt ausnehmen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung; sie könnte auch innerhalb geschlossener Versammlungen das Feilhalten verbieten, ja, auch für Wohnungen ordnungspolizeiliche Bedenken erheben. Abg. Richter hat seiner Zeit darauf hingewiesen, daß man Verlehrungen dagegen treffen müsse, daß nicht auch Stimmzettel am Tage der Wahl auf der Straße konfisziert werden könnten. Wenn diese Verordnung in Dresden zu Recht besteht, so kann das in der That leicht geschehen. (Sehr richtig! links.) Durch diese Verordnung wird in der widergesetzlichsten Weise ein Grundrecht des Volkes illusorisch gemacht, ein wichtiges Zubehör zum allgemeinen Wahlrecht vernichtet. Man hat die landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben, damit sie die Reichstagswahl nicht stören. Nunmehr ist die Polizei Herrin über die Reichstagswahl geworden. (Sehr gut! links.) In Sachsen ist das Wahlrecht in höheren Kreisen verhaftet. Die herrschenden Kreise arbeiten Hand in Hand mit den Behörden daran, um es zu zerstören. Meine Herren, es ist traurig und beschämend, wenn die Justiz sich in den Dienst einer Partei stellt. (Sehr richtig! b. d. Soz. Unruhe rechts.) Das Oberlandesgericht hat es ja gewagt, ausdrücklich zu erklären, daß auch vor dem Gesetz eine Partei anders als die andere verhandelt werden müsse. (Hört, hört! b. d. Soz.) Sie dürfen sich also auch nicht darüber wundern, daß die Justiz von dem Volke immer mehr als eine Partei, als eine Klassenjustiz ausgegauft wird. (Sehr richtig! links.)

Derartige Bestimmungen richten sich natürlich nur gegen die Sozialdemokratie. Weil wir den § 43, Absatz III und IV der Bewerberordnung nothwendig brauchen, deshalb sucht man ihn im Sachsen zu unterminieren. Aber die Herren mögen doch bedenken: Was ist der Erfolg all dieser Bestrebungen, daß Sozialistengesetz zu erschaffen? Daß sämtliche drei Dresdener Kreise jetzt sozialdemokratisch vertreten sind. Fahren Sie nur so fort mit Gewaltthaten, wie wir eine im Löbauer Urtheil erlebt haben! Die Ausbreitung der Sozialdemokratie hindern Sie dadurch wirklich nicht. Für das ländliche Rechtsleben aber gilt das Dichterwort, das die Themis vor von sich sagen könnte:

Womit, o Zeus, hab' ich den Schimpf verschuldet,  
Dass man mein Bild in diesem Hause duldet?  
(Lbb. Brundl bei den Seez.)

Sächs. Generalstaatsanwalt Käfer: Doch die 'sozialen Re-

Aug. Schellnhauer: Was die gegenwärtigen Bevölkerungen nicht auf die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei hoffen dürfen, ist ihnen selber wohlbekannt. (Sehr gut rechts.) Das Urtheil des sächsischen Oberlandesgerichtes, daß jene Polizeistatordnung zu Recht besteht, halte ich für durchaus berechtigt. Besonders, daß brauche ich hier nicht auszuführen, denn es handelt sich um ein gerichtliches Urtheil, das der Reichstag überhaupt nicht bestimmen darf. (Oho! Oho! links.) Ich habe für die erhobenen Angriffe nur kalte Zurückweisung. (Värm bei den Soz.) Wenn er Vorredner von einer Rassenjustiz gesprochen hat, wenn er unter dem Schilde, man könnte eher sagen: unter Mißbrauch der Freiheit (Große Unruhe. — Oho! Oho!) — Rufe: Zur Ordnung! bei den Soz. Beifall rechts. — Glade des Bizepräsidenten, der das Haus ersucht, den Redner nicht zu unterbrechen), welche als Gewaltakte bezeichnet hat, so muß ich das zurückweisen. Abg. Stadthagen: Dann müssen die Urtheile eben anders ausfallen! Ich wiederhole: der Reichstag hat kein Recht, gerichtliche Urtheile anzugreifen. Ich habe keine Veranlassung, mich weiter in

Auf eine Anfrage des Abg. Bässermann (natl.) erwidert:  
Staatssekretär Niederding, daß ein Entwurf zum Schutz der  
Arbeiter ausgearbeitet und einer Sach-  
verständigenkommission zur Prüfung unterbreitet worden sei. Die  
Kommission habe sich dahin ausgesprochen, daß der Entwurf die  
Rechte der Arbeiter nicht bestreide und werde demnächst die  
Führung einer neu aufzustellten Kommission übertragen.

Abg. Dr. Böckel (wild-antis.) wünscht Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte etwa bis zu Objekten von 500 bis 1000 M<sup>r</sup>rt., sowie Abänderung der Bestimmungen der Zwangsvollziehung.

**Staatssekretär Nieberding:** Manche Bedenken des Vor-  
rats gegen die Zwangsvollstreckung werden verschwinden, wenn  
e Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft treten wird. Die Frage der  
Autonomiequalität der Gerichtsvollzieher liegt sehr schwierig; wir be-  
stimmen sie fortgesetzt im Auge.

Abg. Beck-Roburg (stl. Böllsp.) begründet seinen Antrag auf Aufwidrigung solcher Paragraphen, die mit Unrecht Untersuchungshaft ertragen haben. So schnell als möglich sollte die Gesetzgebung hiermedar schaffen. Man braucht sich nur an das Analogon der Aufwidrigung unschuldig Verurtheilter zu halten.

**B**ürgermeister: Im Sinne einer Verminderung der Kriminalität sei bedingte Berücksichtigung sehr wünschenswerth und der bedingten Strafzulassung jedenfalls vorzuziehen.

Die Reiterberatung wird hierauf auf Mittwoch 1 Uhr ver-  
längert. Außerdem: Sitz für den Reichstag, das Reichsschatzamt und

*Captured*

## Dreiflügler Constanze.

Das vorsichtige Abgeordnetenhaus setzte heute die Be-  
handlung des Haftzettels fort. Es kamen aber nur unbedeutende  
und gar Sprüche. Besonders war nur ein Streit über die  
Abstimmung des Reichstages, Bestimmungen über die Auslegung  
des Wahlgesetzes (Auswahl von Wahlern im Wahllokal)  
treppel. Schon bald der Justizminister Schönfeldt den  
rechten Standpunkt vertret, daß die Anweisungen der Wahl-  
kommissionen zu befolgen seien, verneinten die Kom-  
missionen, Fr. v. Etzen und Fr. v. Zedlitz, natürlich dies-  
seit am Ende.

## Parlamentarisches.

**Die Militärvorlage im Reichstage.** In der Budgetmission kamen am Dienstag Vormittag die Verhandlungen über die Kavallerie in erster Beratung zum Abschluss. Abgelehnt wurden sowohl die Neuforderungen von 10 Eskadrons Jäger zu Pferde, als auch die Vermehrung der Mannschaften bei den vorhandenen Kavallerieregimentern um 800 Jäger. Die Abstimmung erfolgte mit 15 gegen 12 Stimmen (Abg. Lieber war wegen Krankheit abwesend). Das Zentrum stimmte geschlossen zusammen mit der Linken gegen die Bewilligung; für dieselbe stimmten die beiden konserватiven Parteien, die Nationalliberalen, die Antisemiten und die Freisinnige Vereinigung. Abg. Graf Roon stimmte nicht für die neuen Regiments-Jäger zu, weil er nicht Regimenter zu statt 5 Eskadrons einschulen wollte. Die Verhandlung und Abstimmung über die verstärkung des Infanterie folgt am Mittwoch. Abg. Gruber erklärt, daß die Kommissionmitglieder nur für ihre Partei stimmten und der Fraktion freie Hand vorbehalten mühten.

## Partei-Angelegenheiten.

**Das Nationalkomitee der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei** hat folgenden von Pablo Iglesias und Antonio Garcia Dueñas unterzeichneten Aufruf erlassen:

„Wir die konstitutionellen Garantien wieder hergestellt sind und wir darauf rechnen, daß der Kriegszustand, der in einigen Landesteilen bereits aufgehoben ist, nun bald im ganzen Lande aufgehoben wird, so hat das Komitee in Erfüllung des fast einmütigen Verlängens der spanischen Sozialisten beschlossen, daß im Mai in Madrid der fünfte Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei stattfinden wird.“

Den Tag, an welchem er zusammentreten soll, werden wir gelegentlich näher bekannt geben.

Zum Zwecke der Festsetzung der Tagesordnung richten wir an alle Vereinigungen, welche Vorschläge zu machen wünschen, das Erachten, uns diese im Laufe des Monats März einzufinden.“

## Neueste Ereignisse.

Bürger Schauerleute haben nach Mittheilung des Polizei-Telegraphenbüros am Sonntag in einer zahlreichen Versammlung mit 532 gegen 259 Stimmen beschlossen, den Arbeitsnachweis der Unternehmer anzuerkennen.

**Der Streik der Stahlformer der Schiffswerft "Hewaldts"** in Kiel stellt sich auf Grund der Forderungen der Streitenden, als der Widerstand gegen eine Verschlechterung ihrer bisherigen Arbeitsbedingungen dar.

In Köln haben die ausständigen Dreher des Staffelfahrrads die Arbeit wieder aufgenommen.

**Die Stuttgarter Straßenbahn-Gesellschaft** hat durch einiges Entgegenkommen größere Differenzen vermieden. Die Direktion gab einer von den Arbeitern gewählten Kommission den Bescheid, daß wegen Zugänglichkeit zur Organisation Niemand entlassen werden soll und auch die bisherigen Entlassungen nicht darauf zurückzuführen sind. Außerdem wurde den Angestellten die Wahl eines Arbeiterausschusses zugesichert. Die Veranlassung der Angestellten dat sich mit diesem Bescheid zufrieden gegeben, obwohl sie die Meinung war, daß die entlassenen Kollegen gewaltsam gestellt sind.

## Aus aller Welt.

**Wegen Todesslags** wurde Sonnabend Abend in Rixdorf die 24 Jahre alte unverheirathete Fabrikarbeiterin Martha Fahrmann aus der Bietenstraße verhaftet. Sie hatte im Verlauf eines Streites mit ihrem Vater ihres Geliebten, Namens Lanze, mit einem Messer einen Stich in den Kopf versetzt, der das Gehirn traf und den Tod des Mädchens herbeiführte. Die Fuhrmann will in der Rothwehr gehandelt haben.

**In dem großen Eisenbahnmüll bei Brüssel** wird weiter noch gemeldet: Die Zahl der Personen, die durch das Eisenbahnmüll das Leben verloren, wächst noch beständig. 24 Leichen wurden unter den Trümmern herbeigezogen, das sind diejenigen, deren Tod dort eintrat, aber fast ständig sterben in den hospitälern Männer, Frauen und Kinder aus der über Hundert betragenden Zahl der Schwerverwundeten. Man fürchtet, daß es vierzig Tote geben wird. Mindestens eben so viele Personen sind in Folge der Verletzungen die erlittenen zu Klüppeln geworden. Die Zahl der Verletzten überhaupt beträgt über hundert. Über die näheren Umstände, unter denen das Eisenbahnmüll stattfand, heißt es: Der Morgenzug zum Turnier hatte den dichten Nebel mit 15 Minuten Verspätung zum Bahnhof Forest verlassen, als der von Mons kommende Zug, dessen Führer das Halteignal nicht erkannt hatte, mit voller Gewalt in den voraufzuhrenden Zug hineinfuhr. Im Augenblick hatte Maschine und Tender des Zuges die letzten drei Wagen dritter Klasse des Turnierzuges überklettert und unter ihrem Gewicht völlig zerstört. Während aus dem aufgeschlagenen Leibe der Maschine der Dampf mit furchtlichem Zischen entwich, waren 25 Menschen bereits gerettet, zertrümmert, gebittert, und mehr als hundert starben wie wahnunfähig vor Schmerz und Angst davon. Die Stadt Forest war sofort alarmiert, Arzte brachten die erste Hilfe, Lehrerinnen und ganz jugendliche Schülerinnen bildeten die Mehrzahl der Toten, daneben hat das Spital kleinere Beamte von Banken und Poststellen errettet. Eine Lehrerin lag stundenlang unter einem tragisch verstümmelten Leichnam, ehe man sie unterlegt heranziehen konnte. Der Verkehr auf der Linie ist völlig aufgehoben.

**Grubenunglück.** Auf der Zeche "Scharnhorst" bei Dortmund ist durch Sturz in einen Schacht drei Mann verunglückt, einer ist sofort tot.

## Lokales und Provinziales.

Breslau, den 22. Februar 1899.

### Für die Dresdener „Buchhänsler“

Gingen bei uns ein: R. L. 3 M., Gehilfen der Druckerei Kar. Kornicker Nachf. durch Lindner 3,50 M., Rothe Kistenschmiede, Bischofsstraße durch Schön 1,80 M., Quartett Sänger-Gesellschaft 2 M., Rentamt Reineccius 1 M., der zielstreitige Arbeiter und „Volkswacht“ leiter 1,50 M., von einem Zimmerer 1 M., von Geburtstag feiernden Steinarbeitern Bautz 2,60 M., von Freunden am Stammtisch in Neukirch 0,5. 3,15 M., Rothe Hochzeit in Pfaffendorf bei Liegnitz 3,70 M., mit den bereits quittierten 802,50 Mark = Summa 825,75 Mark.

### Delegierte des Gewerkschaftskartells!

In der nächsten Mitglieder-Versammlung, die Freitag, den 24. Februar in Edlich's Hotel stattfindet, steht die Frage der Errichtung eines Arbeiterssekretariats in Breslau zur Verhandlung.

Angeknüpft an die hochwichtigen Tagesordnung ist es selbstverständlich notwendig, daß alle Gewerkschaften durch ihre Delegierten vertreten sind.

\* **Die „gewissenlosen Agitatoren“ und die behörte Menge.** Unter dieser Überschrift brachte die „Volkswacht“ am 28. November v. J. einen längeren Artikel über den Beuthener Landfriedensbruchprozeß, in welchem vom Landgerichtspräsidenten, der in diesem Prozeß den Vorfall sah, gesagt wurde, daß er den natürlichen Hintergrund des Friedensbruches in Bogatzsch, die Klassengegenseite in Oberschlesien, verkannt und dafür einen lästigen in den „gewissenlosen Agitatoren“ und die behörte Menge“.

„losen Agitatoren“, die das „Volk betrügen“, gefunden hätte. Herr Selle wurde deshalb im Artikel juristische Unerschönheit und weiter, unter Bezugnahme auf einige seiner Äußerungen während der Verhandlung, Flachheit des Spottes und eine aus arger Überschönlichkeit entstehende Verweichung der Ursachen ungernaher sozialer Ereignisse zum Vorwurf gemacht. Er schaltete sich dadurch beleidigt und stellte Strafantrag gegen den seiner Zeit verantwortlichen Redakteur der „Volkswacht“, Genossen Neukirch, sowie gegen Genossen Dr. Winter in Beuthen O.S., der sich selbst als Verfasser nannte. Gestern hatten sich die Beiden vor der ersten Strafkammer des Breslauer Landgerichts zu verantworten. In der dreistündigen Verhandlung, in der ihnen Rechtsanwalt Heinrich als Verteidiger zur Seite stand, hoben sie besonders hervor, daß sie sich durch die Behauptung des „Beleidigten“, gewissenlose Agitatoren hätten das Volk verhetzt und behörte darum den Wahlkrawall verursacht, getroffen fühlen mußten. Winter in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsteher von Oberschlesien und Neukirch als Redakteur der „Volkswacht“, die auch in Oberschlesien Verbreitung findet. Der Verteidiger sowohl wie die Angeklagten plädierten aus diesem Grunde dafür, daß ihnen der Schutz des § 193 des Str.-G.-V. (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt wird. Das Gericht stellte jedoch objektiv in dem Artikel eine Beleidigung des als Zeugen vernommenen Landgerichtsdirektors Selle fest und schloss für beide Angeklagte den Schutz des § 193 aus. Der Angeklagte Winter sei, so hieß es im Urteil, mit der Bezeichnung „gewissenlose Agitatoren“ gemeint gewesen. Damit aber entsolle für ihn jede individuelle Beziehung zu der erwähnten Bezeichnung, und er sei nicht berechtigt gewesen, einen garnicht gegen ihn gerichteten Angriff in dieser Weise abzuwehren. Vielmehr nehme das Gericht an, daß diese Sache einfach als Gelegenheit zu einer „großen Ausschreitung“ benutzt worden sei, und er habe wegen derselben beider Angeklagte verurteilt. Bei einem solchen Vorgehen, das sich mittelbar gegen die Unabhängigkeit der Rechte und Pflege richtet, und in Abetracht der näheren Umstände, insbesondere der „dreisten“ Zusendung des injuriösen Artikels, habe von Geldstrafen nicht die Rede sein können. Das Urteil lautete gegen Dr. Winter auf drei Monate Gefängnis, gegen Neukirch auf einen Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt, Herr Schubert, hatte nicht weniger als acht Monate für jeden Angeklagten beantragt.

\* **Städtischer Arbeits-Nachweis.** Frequenz im siadischen Arbeits-Nachweiske in der Woche vom 12. bis 18. Februar 1899: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 203; zu besetzende Stellen 92; besetzte Stellen 74. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 59; zu besetzende Stellen 112; besetzte Stellen 63.

\* **Von einem Biesenbauprojekt,** das sich demnächst in Breslau verwirklichen soll, weiß die „Bresl. St.-Btg.“ Folgendes zu melden: Es hat sich ein Konsortium von Geldmännern gebildet, welches beabsichtigt, den gesamten Häuserblock zwischen Ring und Schuhbrücke einerseits und Orlauerstraße und Hintermarkt andererseits anzulaufen und auf diesem Terrain einen modernen Einheitsbau aufzuführen, durch dessen Mitte in der Richtung der bereits bestehenden Passage eine in großartigstem Stile gehaltene überdachte Kommunikationsgelegenheit für Fußgänger geschaffen werden wird. Für das Projekt, so heißt es, soll ein Gesamtkapital von 16 000 000 Mark sofort gemacht werden.

\* **Das Stiftungsfest des Sozialdemokratischen Vereins** ist für Mitte März im „Volksgarten“ geplant. Da die nächste Mitglieder-Versammlung erst Montag über acht Tage in den „Drei Tauben“ stattfindet, werden Wünsche der Mitglieder zu diesem Feste schon jetzt vom Vorstande entgegen genommen.

\* **Die Gesellschaft für ethische Kultur** veranstaltet ihren nächsten öffentlichen Vortrag am Freitag, den 24. d. Mts., Abends 8½ Uhr, in Edlich's Festsaal. Vortragender ist Herr Rechtsanwalt Marcuse; Thema des Vortrages: „Ethik und soziale Entwicklung“. Es soll die Wandlung des ethischen Denkens in der Neuzeit dargelegt und die Frage erörtert werden, ob den ethischen Ideen, wie die materialistische Geschichtsauffassung will, eine nur untergeordnete Bedeutung in der sozialen Entwicklung beizumessen ist, oder ob sie in selbständiger Wirklichkeit diese Entwicklung beeinflussen.

\* **Im Untersuchungsgefängnis erhängt.** Am 24. Januar verlor, wie seiner Zeit berichtet wurde, der Arbeiter Keller seine Frau in roter Weise, indem er ihr mit einem Messer mehrere Stiche beibrachte, von denen einer das Rückenmark verletzte. Die Frau erlag nach einigen Tagen dieser Verletzung. Keller war damals sofort in Haft genommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Dort hat er sich nun in der Nacht zum 19. d. Mts. mit Hilfe eines Schürzenbandes in seiner Einzelzelle erhängt.

\* **Unterschlagung.** Eine am Matthisplatz wohnende Schneideerin suchte am 16. d. Mts. durch Annonce Mädchen und Frauen. Es meldete sich bald eine etwa 40 Jahre alte Frau, der zwei zugeschnittene Krägen nebst Futter zum Nähen mitgegeben wurden, und die sie am nächsten Tage abliefern sollte. Sie hat sich aber bis heute noch nicht eingefunden und durfte es sich um eine Schwindelin handeln, da sich die von ihr angegebene Wohnung als falsch erwiesen hat. Die Frau war mit dunklem Kleid, schwarzen Jaquet und schwarzen Kopftuch bekleidet.

\* **In einer kleinen Böschungsplaneret ist dieser Tage ein Arbeiter an Milzbrand schwer erkrankt;** er fand Aufnahme in der Mar-Klinik.

\* **Ein Heiratschwindsack.** Im Sommer vorligen Jahres lernte ein junges Mädchen aus Wien einen Mann kennen, der sich unter dem Namen „Hartmann“ als Schiffsüller und Schafzüchter ausgab und mit welchem sie sich verlobte. Auf einer Bergwanderungsreise, welche noch vor Abschluß der Ehe ange treten wurde, kam das Paar u. A. nach Frankfurt a. d. Oder. Gelegentlich einer nächtlichen Fahrt auf der Ober württemberg Hartmann das Mädchen zu bestimmen, ihm die Summe von 3000 Gulden, die er bei sich trug, in Verwahrung zu geben. Als nach Beendigung der Fahrt auf die Street das Geld zurückverlangt, suchte er in allen Taschen herum und erklärte schließlich, die Noten müßten ins Wasser gefallen sein — er habe sie nicht mehr. Das Mädchen glaubte ihm und tröstete sich mit seiner Liebe. Die Freude ging noch weiter und schließlich kamen die Beiden nach Wien. Hier aber war der Bräutigam eines Tages verschwunden, und jetzt erst begriff sie, daß sie einem Heiratschwindsack zum Opfer gefallen. Auf die von ihr erstattete Anzeige hin wurde festgestellt, daß der Gauner mit dem Schauspieler Joseph Paul Herzog, zu Graz geboren, 37 Jahre alt, deutscher ist, gegen den bereits beim Wiener Landesgericht eine Untersuchung wegen Betruges bei dem Landesgericht und der im Jahre 1898 der Schneideerin Thella G. in Schmiedeberg in Breslau 4000 Mark unter der Befreiung der Ehe entlockt hat. Auf telegraphische Requisition der Wiener Polizei wurde er am 14. d. Mts. in Dresden verhaftet.

\* **Ein falsches Schätzgutamt wurde in einer Steinkaration auf der Schatzstraße zu Weißig belegt.**

\* **Schärfen der Arbeit.** Ein Arbeiter, der in einer Mühle den Färbefarb benötigte, griff mit der rechten Hand an die Zugseile und geriet hierbei mit dem Daumen zwischen die Ketten und die Klopfenreibe, so daß der Finger zerquetscht wurde. Eine Arbeiterin kam in einer Metallwarenfabrik mit der rechten Hand zwischen Scheerenmesser, wobei ihr drei Finger zerquetscht wurden. Die beiden Verunglückten standen im Allerheiligsten-Hospital Aufnahme.

\* **Überfallen.** Ein Arbeitsbusche, der gestern Vormittag einen von einem Hund gezogenen, mit Stahl beladenen Handwagen auf der Klosterstraße leitete, verunglückte dadurch, daß er zu Fall kam und von dem Wagen überfahren wurde, so daß er eine starke Quetschung beider Beine erlitt und in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

\* **Zusammenstoß.** Am 19. d. Mts. Nachmittags erfolgte auf der Schreibmühlerstraße ein Zusammenstoß zwischen einem einspännigen Spazierwagen und einem Pferdebauwagen. An letzterem wurden zwei große Scheiben zerteilt und an dem Spazierwagen die Deichsel zerbrochen.

\* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängnis wurden am 20. d. Mts. 45 Mts. Nachmittags erfolgte einen Armband, eine Taschenuhr, eine Brosche in Hufeisenform, eine Handtasche, ein Paar Handschuhe und ein Spiegelstock. Abhanden gekommen: ein goldenes Kettenarmband, eine goldene Brosche mit einem grünen Stein, eine goldene Taschenuhr, eine grauortholzgestrichene Verdecke und 6 Portemonnaies mit 3,68 Mts., 11 Mts., 15 Mts., 140 Mts. und 454 Mts. 4,85 Mts. Inhalt.

\* **Dachdecker-Versammlung.** Am 20. d. M. tagte in Edlich's Brauerei eine öffentliche Versammlung der Dachdecker und verhältnislosen Berufsgenossen. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie stellen wir uns zum Bauarbeiter-Kongress. 2. Ein Rückblick auf unsere Lohnverhältnisse. 3. Krankenfond-Angelegenheiten. 4. Delegierten-Wahl zum Gewerkschaftskartell und 5. Verschiedenes. Zum Punkt 2 erläuterte der Vorsteher, Kollege Paul, den Stand des Bauarbeiter-Kongresses zu Berlin, welcher sich hauptsächlich mit dem Bauschwindel, Submissionswesen, der Unfallgefahr und sonstigen Mängeln im Baugewerbe beschäftigen wird. Auch für die hiesigen Dachdecker wäre es von großem Interesse, wenn in diesen angeregten Fragen Mängel zum Besseren geschaffen würden. Namentlich sind es die Unfallverhütungsvoorschriften, welche für die Dachdecker noch lange nicht ausreichend sind. Redner legt der Versammlung fünf Anträge vor, welche die Unfallverhütungs-Vorschriften für die Dachdecker ergänzen sollen. Aus finanziellen Gründen sei es leider nicht möglich, einen eigenen Delegaten zu dem Kongress zu entsenden und eruchtet er die Versammlung, dem Delegierten der Zimmerergewerbes, Hansel, die Vertretung der hiesigen Dachdecker zu übertragen. Nach einziehender Debatte wurden die Anträge einstimmig angenommen und Zimmerer Hansel ebenso die Vertretung auf dem Kongress übertragen. Bei Punkt 2 referirt Kollege Nentwig über die Lohnverhältnisse. Durch die Lohnbewegung im vorjährigen Jahre wurde eine 10 prozentige Lohn erhöhung erzielt. Diese werde aber nicht überall ausbezahlt, weil die Arbeiter ihre Forderung nicht mit gehörigem Nachdruck vertreten können. Dies liege aber daran, daß die meisten Kollegen die Organisation als etwas Nebenständliches betrachten und sich auf diese Weise selbst den größten Schaden zufügen. Unter Punkt 3 ersucht Kollege Anders diejenigen Kollegen, welche der Centralbankenfalle der Dachdecker beitreten wollen, sich bei ihm zu wenden. In Erdigung des folgenden Punktes wurde Kollege Anders als Delegierter zum Gewerkschaftskartell gewählt, worauf, da unter „Verschiedenes“ nichts besonderes vorsiegt, die Versammlung geschlossen wurde.

\* **Striegas.** 21. Februar. Unfall oder Mord? Am Sonntag Nachmittag wurde im Mühlgraben der Leichnam des verunreinigten Fleischergesellen Paul Haude bemerkt. Der Leichnam, welcher im Schlamm und auf dem Baute lag, soll auf dem Rücken mit Steinen beschwert gewesen sein. Bis jetzt hat nicht festgestellt werden können, wie die Leiche in den Mühlgraben geflossen ist und ob ein Verbrechen vorliegt.

\* **Erdmannsdorf.** 20. Februar. Erstickt. Am Montag ist in der hiesigen Fabrik ein Arbeiter durch austörmende Gase erstickt.

\* **Hillerthal.** 21. Februar. Aussandt. In der Erdmannsdorfer Textilwarenfabrik sind am Sonnabend einige Weber entlassen worden, weil sie ihrer Organisation angehören. Als sich das die übrigen Weber nicht bieten lassen wollten, vielmehr die Bezahlung begehrten, daß Lohnreduzierungen die baldige Folge der Entlassungen sein würden, wurden am Montag, den 20. Februar, auch die übrigen 60 Weber ausgesperrt.

\* **Oppeln.** 20. Februar. Mit dem Brotmesser in den Rücken gesessen hat der „Arbeiter“ Franz Urbann, ein arbeitschones, gewaltthätiges und vielbestraftes Individuum, seine Frau. Der Unhold, der eben aus dem Gefängnis entlassen war, wurde sofort wieder verhaftet. Am Aufkommen der Frau wird geswifft.

\* **Neustadt O.S.** 20. Februar. Ein Kirchenraub wurde in der Nacht zum 17. Februar in der Kirche zu Leubnitz verübt und in der Kirche zu Groß-Bramen ausgeführt. Einschließlich war das Geschäft nicht, im Opferkasten zu Leubnitz fand der Dieb nichts, in Groß-Bramen vielleicht 20 bis 30 Pfennige.

\* **Kattowitz.** 20. Februar. Vor Ort verunglückt ist am Sonnabend Abend der Häuter Johann Wölfel auf Krugschacht. Demselben fielen größere Kohlenstücke von der Feste auf den Kopf und fügten ihm einen doppelten Schädelbruch zu, welcher sein Aufkommen in Frage stellt.

\* **Königshütte.** 20. Februar. Geraubt wurde auf dem Wege von Brzegitz nach Dombrowa ein Bauerndädchen. Die Räuber banden dem Mädchen die Hände auf den Rücken, nahmen ihr Waaren, Geld und einen Ring weg und ließen sie dann mit zerfetzten Kleidern und gebundnen Händen liegen.

\* **Myslowitz.** 20. Februar. Einen Spielerprozeß soll auch unsere Stadt jetzt bekommen. Der Aufseher erregende Prozeß wurde verhängt, weil verschiedene Handwerker in einer Spielhölle am Klinge größere Summen verpißt haben sollen.

\* **Myslowitz.** 21. Februar. Blutiger Grenzvorfall. Bei einem Sojagertour, den der 19-jährige Pferdebesitzer Kollenda mit zwei Freunden in der Nähe der russischen Grenze unternommen hatte, sprang plötzlich aus einer Bodenvertiefung ein russischer Grenzsoldat her vor und stach Kollenda mit dem Dolken nieder. Dieser erhob sich wieder und stach Kollenda mit dem Dolken nieder. Dieser wurde jedoch im Rücken von dem Grenzsoldaten erschossen. Die Leiche wird am nächsten von einem Posten bewacht und jedenfalls eine eingehende Untersuchung eingeleitet werden.

dem Mädchen zubor und erzählte dem Schuhmann, daß er von demselben arg bestellt worden sei, er verlange dessen Entfernung. Der Schuhmann nahm Beide mit zur Wache. Als die späteren Ermittlungen ergaben, daß sie sich eines ladeslohen Raues erfreute, der Angeklagte dagegen vielfache Vorstrafen, zuließ sogar zwei Jahre Buchhaus, erlitten hatte, und unter Polizeiaufschluß stand, gelangte man zu der Ansicht, daß der Angeklagte einen niederrächtigen Streich begangen habe. Er wurde am Montag wegen Beleidigung, wissenschaftlicher Anschuldigung und Freiheitsberaubung zu anderthalb Jahren Gefängnis verurtheilt und sofort befreit.

## Beispielen.

**G. A. Ratbor. W. G.!** Schon zwei Mal haben wir in der Wochenausgabe die Gründe angegeben, warum der Artikel nicht aufgenommen wird. Er bringt uns nur Unannehmlichkeiten, aber gar keinen Nutzen und richtet sich ja gegen eine unserer eigenen Forderungen.

## Standesamtliche Nachrichten.

Vom 21. Februar.

**Herrsch. Ankündigungen.** I. Diener Laurentius Stachewski, Berliner Platz 1a, und Bertha Kromich, Berliner Platz 18. — Gehilfener Heinrich Tischer, Freiburg i. Sch., und Bertha Scholz, Blauerstraße 67. — Hausbäuer Paul Linke, Kurze Gasse 51, und Anna Röbner, Blauestraße 64. — Fleischer Wilhelm Ulrich, Kupferschmiedestr. 17, und Johanna Kubo, ebendaebelst. — II. Schrein Lector Pfeifer, Friedrichstraße 38, und Pauline Rudel, Laurenzistraße 32b. — Arbeiter Josef Döll, Hobenstraße 1, und Augustina Fädel, Auguststraß 46. — Kutscher August Bleisch, Museumplatz Nr. 9, und Christine Begehr, Sadowastraße 29. — IV. Fabrikarbeiter Reinhold Hande, Poußenstraße 18, und Maria Fichtner, ebendaebelst.

**Eheschließungen.** I. Arbeiter Hermann Hildig, Dorfstraße 15, mit Anna Ritsche, ebendaebelst. — Fleischer Karl Koch, Schweizerstraße 2, mit Martha Schade, Gartenstr. 88. — Droschen-

besitzer Gustav Schiller, Bohrstraße 83, mit Willine Martha Scholz, geb. Röbel, ebendaebelst. — Geburten: II. Haunkmeister Josef Paluch, G. — Arbeiter Adolf Kirsch, G. — Kutscher August Scholz, G. — Arbeiter Josef Simos, G. — Packiermeister Julius Wagner, G. — Arbeiter Karl Lüke, G. — Monteur Hugo Scholz, G. — Kutscher Anton Malcher, G. — Schlosser Paul Riedel, G. — Arbeiter Paul Langhammer, L. — IV. Schuhmacher August Drechsler, G. — Schriftsteller Karl Deming, L. — Schuhmacher Gustav Eisenhoffer, L. — Todestfälle: I. Schlosser auf Franziska Bierling, geb. Rolde, 50 J. — Stellmacher Franz Gläser, 37 J. — Arbeiter Heinrich Salzmann, 41 J. — Arbeitersfrau Auguste Sach, geb. Wutke, 58 J. — Alteb, G. des Schneidermeisters Florian Loska, 68 J. — Arbeiters August Ranter, 21 J. — Arbeiter Paul Brokla, 37 J. — Arbeiters Gotfried Reichelt, 63 J. — Hotelnechtsfrau Karoline Schneider, geb. Nee, 55 J. — IV. Erich, G. des Buchdruckers Johann Wrib, 1 J.

# Volks-Versammlung

4604 Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 11 Uhr im „Volksgarten“, Michaelisstr.

Tages-Ordnung: Das Dresdener Urtheil und die deutsche Arbeiterbewegung

Referent: Reichstagabgeordneter Ad. Thiele-Halle. Freie Discussion.

Frauen sind eingeladen.

Der Eintritt:

Eintritt 10 Pf.

## Stadt-Theater.

Mittwoch:  
„Die weiße Dame“.  
Donnerstag:  
„Das Rheingold“.

## Robe-Theater.

Mittwoch:  
Gallspiel Agnes Norma:  
„Der Widerwärtigen  
Sähmung“.

Donnerstag:  
Gallspiel Agnes Norma:  
„Der Meister von Palmyra“.

Volks-Vorstellungen  
im Thalia-Theater.

Mittwoch:  
Strophe M. 5. Vorstellung:  
„Fischer Blasius“.

## Deutsches Theater.

Mittwoch:  
„Der Soldatenkönig“.  
Donnerstag:  
„Untere Frauen“.

## Volkstheater

Friedrich-Wilhelmstr. 67.  
Heute Mittwoch:

## Der Wilderer.

Schauspiel in 5 Akten.  
Morgen Donnerstag:  
„Der Weiberstein“.

Kundels Gardinenhandlung.  
Monsieur Berthold.

## herren- und Fräulein-Garderobe

jeweils sämtliche Arbeiterjahnen empfiehlt um billigsten  
**E. Liedecke, Stockgasse 30.**

## Neu! Cigarren! Neu!

Noch nie dagewesene frische Importierung  
feinster Qualitäten.

aus exquisiter Spezialmarke zu 5 und 6 Pf.

Zager echt russischer, türkischer u. ägyptischer Cigaretten.

Noch feiner Proben können Sie ein in den Flock.

Kräuter sind die Zischen der Cigaretten.

Unbedenkbar, Sind sie gefüllt mit Tabakbohnen, unvergleichbar.

K. Trautmann, Schuhbrücke 25/26

Cigaretten-Saportheus.

Tobak — Zigaretten — Cigarren —

— Zigarren — Cigarren —

— Zigaretten — Cigarren —